Nummer 188 — Halle, Montag, den 13. August 1923 — 58. Jahrgang
Einzelpreis: 5000,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis ist freibleibend. Die Anzeigen werden nach Millimetern berechnet; die Preise hierfür sind freibleibend. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 20. jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Die Zentrale verbindet mit allen Abteilungen. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Stechner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Cuno zurückgetreten, Stresemann Kanzler.

Die Kabinettskrisis.

Sozialistisches Mißtrauen gegen Cuno. Die Verhandlungen.

Berlin, 13. August. (Eigene Drahtmeldung.) Reichskanzler Dr. Cuno übergab im Laufe des gestrigen Nachmittags dem Reichspräsidenten sein Rücktrittsgesuch, in dem es heißt:

Während der seitdem verstrichenen neun Monate ließ ich mich bei der Führung der Politik stets von dem Bestreben leiten, der Verwirklichung jener Zusammenfassung aller Kräfte den Weg zu ebnen. In der Tat haben die Grundlinien der auswärtigen Politik der Reichsregierung, hat ihre Stellung im Ruhrgebiet und am Rhein, haben wichtigste wirtschaftliche und steuerliche Maßnahmen die Zustimmung aller den Staatsgedanken besahenden Kräfte gefunden. — Der Wille der Nation, sich im Kampfe um Leben und Freiheit zu behaupten, kam darin zum klaren einmütigen Ausdruck. Aus der Entwickelung der letzten Tage habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß nach einer in weiten Kreisen der berufenen Vertretung des Volkes vorherrschenden Ansicht der entschlossene Wille zur Selbstbehauptung noch stärker und noch nachdrücklicher durch eine Regierung verkörpert würde, die von einer Koalition großer Parteien gebildet und damit von einer starken, festen Mehrheit des Reichstages getragen ist.

Der damit vollzogene Entschluß des Reichskanzlers ist im wesentlichen auf folgendem Schritt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom Sonnabendnachmittag zurückzuführen: „Die Fraktion hält angesichts der schweren außen- und innerpolitischen Situation eine vom Vertrauen der breiten Massen mitgetragene und unterstützte Regierung, die stärker ist als die gegenwärtige, für notwendig. Sie hat zur Regierung Cuno nicht das Vertrauen, diesen Voraussetzungen zu genügen. Eine von der Sozialdemokratie zu unterstützende Regierung ist auf folgender Grundlage zu bilden: Energische Durchführung der beschlossenen Finanzmaßnahmen. Durchgreifende Finanzreform auf Grundlage der Heranziehung der Wirtschaft mit garantierter Belastung ihrer Sachwerte. Währungsreform; schleunige Eindämmung der Inflation, Goldkredite, Vorbereitung der Goldwährung. Wertbeständige Löhne; wertbeständige, hinreichend erhöhte Sozialrenten und Erwerbslosenunterstützungen. Loslösung der Reichswehr von allen illegalen Organisationen. Außenpolitische Aktivität zur Lösung der Reparationsfrage unter voller Wahrung der Einheit der Nation und der Souveränität der deutschen Republik. Antrag auf Anmeldung zum Völkerbund."

Es ist unrichtig, daß die „Arbeitsgemeinschaft der Mitte" etwa Dr. Cuno zum Rücktritt gedrängt habe. Kurz nach dem Rücktrittsbeschluß des Kabinetts begaben sich die Führer der „Arbeitsgemeinschaft der Mitte" zum Reichskanzler Dr. Cuno, und im Auftrag der Erschienenen dankte der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Dr. Marx, in außerordentlich herzlichen Worten dem Kanzler für die Arbeit, die er in den letzten Monaten für das Vaterland geleistet hat. In unmittelbarer Folge des Demissionsbeschlusses wurden die Verhandlungen mit den Parteien eingeleitet, die nach kurzer Zeit die grundsätzliche Zustimmung aller der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft angehörenden Parteien und der Sozialdemokraten zur Bildung der großen Koalition ergaben. In diesen Verhandlungen ist aber weder eine Konstituierung des Kabinetts in sachlicher oder gar persönlicher Hinsicht erfolgt, sondern es wurde ausdrücklich festgestellt, daß es Sache des kommenden Kanzlers sei, die Persönlichkeiten des Kabinettes zu wählen. Dies wird um so wichtiger sein, weil das Kabinett starken politischen Charakter haben wird. Der Reichspräsident hat nacheinander die Führer der Deutschen Volkspartei, der Demokraten, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei und der Sozialdemokraten empfangen und hat daraufhin seinen Entschluß gefaßt und Herrn Dr. Stresemann mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Auch die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat im Laufe des Nachmittags einstimmig beschlossen, ihren Führer für den Posten des Reichskanzlers freizugeben. Die sofort begonnenen Verhandlungen haben bisher eine glatten Verlauf genommen, so daß damit gerechnet werden kann, daß das Kabinett sich Montagabend dem Reichstag vorstellen wird.

Severing gegen wilde Streiks.

Berlin, 13. August. (Eig. Drahtmeldung.) Der preußische Minister des Innern, Severing, hat, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, an den Oberbürgermeister Boeß ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: In der am Sonnabend im Reichsministerium des Innern abgehaltenen Besprechung ist vom Herrn Oberbürgermeister mitgeteilt worden, daß sich an dem von einer Vollversammlung der Betriebsräte Großberlins beschlossenen sogenannten Generalstreik auch ein Teil der in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken beschäftigten Arbeiter und Angestellten beteiligten. Soweit diese Beteiligung nicht auf Einschüchterungen oder Drohungen zurückzuführen ist, muß in ihr eine bewußte Unterstützung der in der erwähnten Vollversammlung der Betriebsräte aufgestellten „ultimativen Forderung" erblickt werden.

Das ist ein Beginnen, das nicht erst im Erfolg, sondern auch schon im Versuch eine Bedrohung der Staatsautorität darstellt. Es ist darum selbstverständlich, daß diese Forderungen nicht nur nicht erfüllt, sondern auch mit einer Zentralstreiksleitung nicht einmal erörtert werden. Ich bitte Sie, Herr Oberbürgermeister, diesen Standpunkt, der nicht nur meiner persönlichen Auffassung entspricht, sondern auch die Willensmeinung der preußischen Regierung zum Ausdruck bringt, den Arbeitern und Angestellten der städtischen Betriebe bekanntzugeben.

Berlin, 13. August. (Eig. Drahtmeldung.) Der Magistrat beschloß, einen Aufruf in den Betrieben der Stadt Berlin anschlagen zu lassen, in dem es heißt: Ein Teil der städtischen Arbeiter und Angestellten ist in einen wilden Streik getreten, den die Gewerkschaften nicht billigen. Die Stillegung der städtischen Betriebe hilft dem Elend dieser Tage nicht ab, sondern steigert es ins Ungemessene. Sie gefährdet die gesamte Wirtschaft, besonders auch die Lebensmittelzufuhr. Wir fordern daher die städtischen Arbeiter auf, unverzüglich und bis spätestens Montag, den 13. August, mittags 12 Uhr die Arbeit ordnungsmäßig wieder aufzunehmen. Später sich Meldende können nur eingestellt werden, soweit im Einzelfall noch Bedarf und Eignung vorliegt.

Die Generalstreikkumulte.

Aus Zeigners Reich: Plünderungen und Straßenkämpfe.

Zeitz, 13. August. (Eig. Drahtmeldung.) Heute vormittag versuchte ein Trupp von auswärts zugezogener Kommunisten in die Stadt einzudringen. Schupo stellte sich ihm entgegen. Es kam zum Handgemenge, in dessen Verlauf die Schupo Feuer gab. Die Angreifer ließen 8 oder 9 Tote und 30 Verwundete auf dem Platz. Die Verwundeten wurden teils ins Krankenhaus gebracht, teils in ihre Wohnungen.

Dresden, 13. August. (Eig. Drahtmeldung.) In Westsachsen ist es an zwei Stellen zu Ausschreitungen gekommen, und zwar in der Glauchauer Gegend und in dem Dorfe Borna bei Zeitz. An den genannten Stellen sind Scharen von Bewohnern der umliegenden Fabrikorte auf den Feldern erschienen und haben umfangreiche Zerstörungen und Plünderungen von Getreide und anderen Feldfrüchten vorgenommen. Da die Bauern aus Besorgnis um die Ernte den Scharen zum Teil entgegentraten, ist es zu bedenklichen Zwischenfällen gekommen. Landespolizei mußte nach den bedrohten Gebieten abgehen.

Leipzig, 13. August. (Eig. Drahtmeldung.) Am Sonntag haben kommunistische Hundertschaften in der Umgebung von Leipzig Beschlagnahmungen von Fleisch vorgenommen. So erschienen in Altenhain, Arnmelshain, Kleinzschocher und Borsdorf Arbeiterzüge, die den Viehbestand der Gehöfte untersuchten. Je nach der Zahl der vorgefundenen Tiere mußten die Bauern Vieh abliefern. Es wurden ihnen für das Pfund Lebendgewicht 30 000 Mark geboten. Wer drei Schweine hatte, mußte ein Tier abgeben, wer mehrere Kühe besaß, mußte ein Rind verkaufen. Das Vieh wurde gleich an Ort und Stelle verladen und in die betreffenden Ortschaften, für die es bestimmt war, gefahren. Dort wurde es geschlachtet und gegen Zahlung des Kaufpreises von 30 000 Mark an die Bevölkerung aufgeteilt.

* * *

Todesopfer in Hamburg und Hannover.

Die Polizei greift mit der blanken Waffe ein.

Hamburg, 13. August. (Eig. Drahtmeldung.) Im Hamburger Hafen wurden die Werftarbeiter der beiden großen Werften Blohm & Voß und Vulkanwerke durch Kommunisten daran gehindert, durch den Elbetunnel und auf den Fährdampfern zu ihren Arbeitsstätten hinüber zu gelangen. Die Polizei versuchte, den Arbeitswilligen den Uebergang zu ermöglichen. Da sich die Radikalen widersetzten, machte die Polizei von der Waffe Gebrauch. Es wurden zunächst blinde Schüsse abgegeben, und als die Polizisten in Bedrängnis gerieten, schossen sie scharf, wobei eine große Anzahl Arbeiter schwer verletzt und einige getötet wurden.

Hannover, 12. August. (Eig. Drahtmeldung.) Am gestrigen Versammlungstage kam es in der Stadt zu größeren Ansammlungen. Die kommunistischen Betriebsräte Hannovers hatten durch Flugblätter aufgefordert, auf die Straßen zu gehen und als erste Forderungen zu erheben: Wirtschaftsbeihilfe von 10 Millionen, einen Wochenlohn von 30 Goldmark. Die Arbeiter verließen die Großbetriebe. Die Polizei machte von der blanken und der Schußwaffe Gebrauch. Einige Läden wurden geplündert. Die meisten der für Sonntag angesetzten kommunistischen Versammlungen konnten nicht abgehalten werden, da verschiedene Versammlungslokale von der Polizei besetzt und mit Stacheldraht abgesperrt waren. Mittags wurde auch das Parteibüro der kommunistischen Partei durch die Schupo besetzt. Die Ansammlungen dauerten den ganzen Tag über an. Die Stimmung ist weiter erregt. Auch am Sonntag abend gegen 10 Uhr gab es wiederum Tote und Verwundete. Nach Feststellungen an amtlicher Stelle sind bei den Unruhen insgesamt **5 Personen getötet und 52 verletzt worden.**

* * *

Generalstreik und Ausschreitungen in Lübeck.

Lübeck, 12. August. (Eig. Drahtmeldung.) Im Laufe des Sonnabendabend ist es zu wüsten Ausschreitungen gekommen. Vor der Kanzleiwache sammelte sich eine große Menschenmenge an, die den wiederholten Aufforderungen der Polizei zum Auseinandergehen nicht Folge leistete. Als schließlich in unmittelbarer Nähe der Wache eine Handgranate explodierte, gab die Polizei Feuer, wobei 11 Personen verletzt wurden, darunter 2 Frauen und 1 Mann schwer. Auf Erfordern der Arbeiterschaft zog der Senat die Polizei zurück(!) und die „Vereinigung Republik" übernahm den Ordnungsdienst (!), der aber nicht dem Polizeiobersten, sondern einem dreiköpfigen sozialdemokratischen Ausschuß unterstellt ist. Die Arbeiterschaft hat den Generalstreik proklamiert.

* * *

Ausdehnung der Streikbewegung in Braunschweig.

Braunschweig, 13. August. (Eig. Drahtmeldung.) Die Streikbewegung im Land Braunschweig hat sich weiter ausgedehnt. Im ganzen Helmstedter Kohlenrevier wird in den Kohlenbergwerken, auch in den preußischen, gestreikt. Ebenso sind auf dem Kaliwerk Asse die Arbeiter in den Streik getreten. Sie verlangen Lohnauszahlung in Goldwährung. Zu größeren Zusammenstößen ist es bisher jedoch nicht gekommen.

Stresemanns Aufgabe.

Die Kommunistenaktion und das neue Kabinett.

Der Rücktritt Cunos brachte keine Ueberraschung, ebensowenig die Bildung der großen Koalition im Reiche unter einer Reichskanzlerschaft Stresemann. Cuno wurde als Sündenbock in die Wüste geschickt, weil es den Genossen geiel, eine Verbeugung vor der Umsturzpolitik der Kommunisten zu machen. Schon vor drei Wochen war die Lage kritisch. Der Geldmangel, mangelhafte Belieferung der Städte mit Lebensmitteln, stündliches Steigen der Preise und eine geschickte Ausnutzung der verständlichen Erregung durch die Kommunisten haben den Stein schneller ins Rollen gebracht, als man erwarten durfte. Die Kommunisten sitzen obenauf und diktieren den Mehrheitssozialdemokraten. Nicht zum erstenmal seit dem November 1918 haben wir dieses interessante, für Volk und Reich verhängnisvolle, der sozialdemokratischen Partei allerdings dienende Schauspiel erlebt. In kritischen Augenblicken war's noch immer so: die Sozialdemokratie bekam Angst vor der eigenen Kurage und machte sich kommunistische Forderungen zu eigen, weil die törichten Massen ihr wegzulaufen drohten. Noch Donnerstag im Reichstag erklärte Herr Müller-Franken: „Wir werden zu jeder Regierung stehen, die mit uns bereit ist, unser Finanzprogramm auszuführen." Im Reichstag wurde Freitag der erste Teil dieses Finanzprogramms angenommen. Man hätte also Grund gehabt, zufrieden zu sein. Trotzdem, zwei Tage später, am Sonnabend, beschloß die Fraktion gegen eine kleine Minderheit, wie es heißt: „Fort mit Cuno!" Die Mehrheitssozialisten gebrauchen als gerissene Parteitaktiker nicht die klobige Sprache ihrer Brüder zur Linken sondern umschreiben. In der Wirkung bleibt es gleich. Cuno hat ihnen den Gefallen getan, weil er von seinem Regierungsantritt an keinen Zweifel darüber ließ, daß er bei den Parteien, kraft deren Vertrauen er regiert, die größte Partei des Reichstags die Sozialdemokratie, nicht missen will. Stresemann ist in die Bresche gesprungen, um im kritischsten Augenblick für den Bestand des Reiches und für seine innere Ordnung nicht dem von den Kommunisten beabsichtigten Chaos freie Hand zu lassen und um zu verhindern, daß die blamable Schwenkung der Mehrheitssozialdemokratie, deren feierlichste Beschlüsse von den Kommunisten weggeblasen werden wie dürres Laub vor dem Windhauch kommunistischer Drohungen, endet in der „Arbeiter- und Bauernregierung" der Kommunistengnaden nach sächsischem Muster.

Die Krisis in der Führung des Reiches ist im Augenblick beseitigt. Stresemann dürfte nicht so töricht gewesen sein, ohne bindende Verpflichtungen der Sozialdemokratie das schwerste Amt in Deutschland zu übernehmen, so daß auch die Besetzung der Ministerposten kaum auf große Schwierigkeiten stoßen dürfte. Freunde und Gegner des neuen Kanzlers werden ihm das Zeugnis ausstellen, daß bei ihm die Geschicke des Reiches nach außen in guten Händen liegen, worauf es heute allerdings erst in zweiter Linie ankommt, nachdem die Kommunisten Arm in Arm mit der Sozialdemokratie Poincarés Hoffnungen auf unseren Zusammenbruch arg gestärkt haben. Im Vordergrunde stehen die Aufgaben im Innern, die der neue Kanzler zu lösen hat. Machen wir uns nichts vor. Deutschlands Lage ist ungleich ernster als 1918 beim Tage des Waffenstillstandsangebots. Nicht nur wirtschaftlich und politisch sind wir zerrissen, das Gefährlichste ist vielmehr die Krisis der Seelen, die Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit der Massen, deren Denkapparat vollständig in Unordnung geraten ist, und die wie Ertrinkende nach dem Strohhalm Kommunismus greifen, die Kurzsichtigkeit und Trägheit der anderen, die alles glauben, was ihnen Hetzer erzählen, oder noch immer der Meinung sind, sie ginge die ganze Sache nichts an, die Erbitterung über das Wucherer- und Schiebergesindel, gleich, wo es sitzt, die die Blicke ablenkt vom Wichtigsten, und schließlich die willenlose Ergebenheit in die Schmach und Pein, die uns der Feind seit Jahren antut. Diese Seelenkrise ist der beste Schrittmacher für die kommunistischen Bürgerkriegspläne. Die Landesverräter auf der äußersten Linken haben alles auf eine Karte in diesen Tagen gesetzt. Der Generalprobe am Antifassistensonntag soll jetzt die Tat folgen. Die Berichte aus dem ganzen Reiche lauten äußerst besorgniserregend. Und nebenher dreht Poincaré die Daumenschraube an Ruhr und Rhein täglich fester. Wird Stresemann die Lage meistern? Wir hoffen es. Und wir erwarten, daß er mit fester Hand die staatlichen Machtmittel gebraucht, um den kommunistischen Aufstand, um solchen handelt es sich, mag er auch unter der Firma „Teuerungsdemonstration" laufen, niederzuschlagen. Mit Halbheiten ist nichts getan. Ein Kompromiß mit den Kommunisten kann es nicht geben, mögen tausendmal die Sozialdemokraten Neigung dazu haben. Sie vor allem wird Stresemann in die Grenzen der Mitverantwortung für Reich und Volk zu zwingen haben, um ihnen nebenher beizubringen, daß für parteipolitisches Querulantentum ebensowenig Platz in einer deutschen Reichsregierung ist wie für parteipolitische Machtproben oder gewerkschaftliche Nebenregierung.

Stresemann ist eine Aufgabe gestellt, schwerer als die des letzten kaiserlichen Kanzlers, des Prinzen Max von Baden. Die Hoffnung wollen wir hegen und dazu beitragen, daß er nicht einer zweiten Revolution unterliegt wie sein Vorgänger, der die deutsche Kaiserkrone den Umstürzlern vom 9. November überreichte. Mag man auch andere Wege, die Wogen innerpolitischer Erregung zu glätten, für richtiger halten als eine Regierung der großen Koalition, mag man es, wie wir, lebhaft bedauern, daß jetzt auf Cuno mit Steinen geworfen wird, weil seinen Ministern und Ratgebern einige Fehler unterlaufen sind, und mag man schließlich der Ansicht sein, es wäre besser gewesen, mit einer Regierung **Cuno die Kommunisten niederzuzwingen, eines darf man nicht**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230813011/fragment/page=0001

vergessen: Stresemann hat die schwere Bürde des Kanzleramtes auf sich genommen, um im Augenblick, wo es um Dasein oder Sterben der Nation geht, eine vaterländische Pflicht zu erfüllen. Sein politischer Sieg und seine politische Niederlage sind gleichbedeutend mit Deutschlands Wiederaufrichtung oder Untergang.

*

Der neue Reichskanzler.

Der neue Reichskanzler Dr. Gustav Stresemann ist 45 Jahre alt. Nach abgeschlossenem Studium der Geschichte, Staatswissenschaften und Literatur wurde er geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschamerikanischen Wirtschaftsverbandes, dann war er von 1902 bis 1918 Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller. Dem Reichstag gehört Stresemann seit 1912 an und nach dem Ableben Bassermanns wurde er der Führer der Nationalliberalen Partei und Reichstagsfraktion. Nach der Revolution gehörte er der verfassunggebenden Nationalversammlung an und wurde zum Führer der neu sich bildenden Deutschen Volkspartei gewählt, deren Führer er seitdem ist.

* * *

Ministerkandidaten.

Berlin, 13. August. Naturgemäß spielt bei den Besprechungen über die politische Lage die Frage der Ministerkandidaten eine große Rolle. Uebereinstimmend nennen Berliner Montagsblätter als kommenden Finanzminister den sozialdemokratischen Führer Dr. Hilferding, als Wirtschaftsminister Sämisch oder Robert Schmidt. Die „Welt am Montag" will wissen, daß Dr. Stresemann das Auswärtige sich selbst vorbehalten will. Dem „Montag Morgen" zufolge wird erwogen, daß die beiden Betriebsverwaltungen der Post und Eisenbahn unter ein gemeinsames Verkehrsministerium gestellt werden, dem ein Fachmann vorstehen soll, der den Deutschnationalen nahesteht, aber kein eigentlicher Parteimann ist. Weiter wird genannt: Radbruch als Reichsjustizminister, Sollmann-Köln oder Dr. Köster als Innenminister, Jaeckel Arbeitsminister.

* * *

Alle Parteien gegen Havenstein.

Berlin, 13. August. (Eig. Drahtmeldung.) Alle Parteien der Großen Koalition drückten den Wunsch nach einem Wechsel in der Leitung der Reichsbank aus und beschlossen, diese Meinung dem Reichsbankdirektorium auch zu übermitteln.

*

Berlin, 13. August. (Eig. Drahtmeldung.) Wie wir erfahren, wird in Bank- und Börsenkreisen als Nachfolger Havensteins an erster Stelle der Geschäftsinhaber der Darmstädter und Nationalbank, Dr. Schacht, genannt. In den Wandelgängen des Reichstags wird auch der ehemalige Staatssekretär Bergmann als Nachfolger Havensteins sehr viel genannt.

Die Notenpresse abermals stillgelegt.

Die Generalstreikbewegung in Berlin.

Berlin, 13. August. (Eig. Drahtmeld.) Die kommunistische Generalstreikparole hat, wie sich jetzt übersehen läßt, nicht die von dem „Reichsausschuß der Betriebsräte", auch „Dreizehnerausschuß" genannt, gewünschte Wirkung gehabt, doch haben die Kommunisten es verstanden, einzelne lebenswichtige Betriebe durch terroristisches Vorgehen lahm zu legen. Der Versuch, den Eisenbahnverkehr lahmzulegen, ist ihnen jedoch restlos mißlungen. Dagegen ist die Reichsdruckerei von neuem in eine sehr schwierige Lage gekommen.

Der Dreizehnerausschuß und die für Berlin zuständige Fünfzehnerkommission beschlossen, zur Verschärfung der Situation den Druck von Papiergeld zu hindern, um auf diese Weise von neuem Erregung in die Privatindustrie hineinzutragen, die am Montag und Dienstag die noch rückständigen Löhne auszuzahlen hat. Tatsächlich erschienen am Sonntagmorgen in der Reichsdruckerei die im Kraftwerk tätigen Heizer und Maschinisten nicht und ebenso bleibt ein wesentlicher Teil der anderen Arbeiter aus. Die Besetzung der Nachmittagschicht war noch spärlicher, und es erscheint nicht möglich, daß unter diesen Umständen der normale Betrieb der Reichsdruckerei aufrechterhalten werden kann. Die Direktion hat dem Reichsfinanzministerium von der neuen Lage Kenntnis gegeben. Seit Sonnabend abend ist Berlin ohne Gas.

*

Berlin, 13. August. (Eig. Drahtmeldung.) Die allgemeine Lage hat sich bisher nicht geändert. In den Betrieben der Berliner Industrie wird fast durchweg gearbeitet. Kommunistische Stoßtrupps haben im Laufe des Vormittags verschiedentlich versucht, die arbeitswilligen Arbeiter und Angestellten aus den Betrieben herauszuholen, um so die Stillegung zu erzwingen. Ob und wieweit diese Aktion Erfolg gehabt hat, darüber sind Erhebungen noch im Gange. In den städtischen Betrieben ist die Lage unverändert. Es läßt sich nicht voraussagen, ob die städtischen Arbeiter, soweit sie sich im Streik befinden, auf Grund des Ultimatums des Magistrats an ihre Arbeitsstellen zurückkehren **werden. Die Reichsdruckerei ist seit heute morgen wieder in Betrieb.** Von den Verkehrsmitteln liegen Straßenbahnen und Autoomnibusse still. Die Stadt- und Ringbahn sowie die Hochbahn verkehren.

Besserung in der Versorgung mit Lebensmitteln.

Berlin, 13. August. (Eig. Drahtmeldung.) Halbamtlich wird mitgeteilt: Durch die großen Schwierigkeiten bei der Beschaffung von ausländischen und inländischen Zahlungsmitteln waren in der Lebensmittelversorgung Störungen entstanden. In den letzten Tagen sind aus dem Wirtschaftsleben größere Mengen ausländischer Zahlungsmittel zur Verfügung gestellt. Die Reichsbank hat in steigendem Maße Kredit gewährt. Der Not an inländischen Zahlungsmitteln wird mit allen Kräften gesteuert.

Im ganzen Reich ist für eine sofortige Besserung der der Versorgung mit Margarine vorgesorgt. In Berlin sind heute größere Margarinemengen in den Kleinhandel gebracht. Die Reichsregierung wird auf diesem Wege fortschreiten. Das bis zum Oktober erforderliche Brotgetreide ist in der Hand der Regierung. Die Zufuhr an Kartoffeln und Gemüse nimmt zu. Die Heranschaffung aller anderen Waren wird von der Regierung gefördert. Die Regierung kann ihre Absichten nur durchführen, wenn die tägliche Zufuhr der Lebensmittel keine Unterbrechung erfährt.

*

Berlin, 12. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat die Regierungen der Länder für den 17. August zu einer Konferenz eingeladen, in der die Ernährungsverhältnisse des kommenden Erntejahres besprochen werden sollen. Insbesondere soll erörtert werden, ob, in welchem Ausmaß und in welchen Formen eine gesteigerte Vorsorgewirtschaft empfehlenswert erscheint.

England an Frankreich-Belgien.

Ein Klagelied. Die Reparationslösung. Der passive Widerstand.

London, 13. August. (Eig. Drahtmeldung.) Der volle Text des alliierten Schriftwechsels über die Reparationsfrage und die Ruhrokkupation ist heute in London zur Veröffentlichung freigegeben worden. Die Note drückt ehrliche Entrüstung über die französische und belgische Erwiderung aus. Es könne keine Rede davon sein, von Deutschland mehr zu fordern, als es tatsächlich bezahlen könne. Was aber das Maximum seiner Zahlungsfähigkeit sei, das sei jetzt die allerbedeutendste Frage für alle seine Gläubiger. Es handelt sich jetzt darum, Tatsachen festzustellen, auf denen man praktische Arrangements aufbauen könne, um Zahlungen bis zur Grenze des Möglichen erhalten zu können. Nachdem die Note die von England erlittenen Schäden aufgezählt und vor allem darauf hingewiesen hat, daß England seit dem Waffenstillstand über 400 Millionen Pfund Sterling für die Arbeitslosenfürsorge ausgegeben habe, wird erklärt, daß England der einzige von allen Verbündeten sei, der augenblicklich seine Zinsen für die im Kriege aufgenommenen Schulden an Amerika in einer augenblicklichen Höhe von 1 Milliarde Pfund Sterling abzahle. Es allein habe bisher im Interesse seiner Alliierten auf die Erfüllung von Verpflichtungen durch andere verzichtet, die sich auf 700 bis 800 Millionen Pfund beliefen, und die andernfalls eine wesentliche Hilfe für die Zahlungen an Amerika darstellen würden. Nichtsdestoweniger habe England im Januar auf der Pariser Konferenz sich erboten, auf alle seine Rechte, Schadenersatz zu erhalten, zu verzichten, und seine Bereitschaft ausgedrückt, die Schulden seiner Alliierten dadurch zu vermindern, daß es seinen Anteil an den deutschen Reparationszahlungen als eine Abzahlung der Schulden seiner Alliierten betrachte. Es sei ungerecht und völlig unmöglich, von dem englischen Steuerzahler, der weit schwerer belastet sei als der französische und belgische, noch mehr Opfer durch eine Aenderung des Verteilungsschlüssels von Spaa zugunsten Frankreichs und Belgiens zu fordern. Weiterhin setzt die Note dann auseinander, daß

die von der Reparationskommission errechnete Summe von 132 Milliarden Goldmark einfach nur eine Gesamtabschätzung der Schäden darstelle, für die nach dem Friedensvertrag Ersatz beansprucht werden könne, daß diese Abschätzung jedoch ohne jede Rücksicht auf die Frage geschehen sei, ob Deutschland so viel zu zahlen auch fähig sei.

Frankreich und Belgien seien in der Reparationskommission, in der der amerikanische Vertreter fehlte und der französische Vorsitzende die entscheidende Stimme habe, in der Lage, über die Köpfe des englischen und italienischen Vertreters hinweg zu entscheiden, und es sei notorisch, daß, von diesen Umständen begünstigt, die Kommission in der Praxis lediglich nur noch ein Instrument der französisch-belgischen Politik sei. Auf den Vorschlag eingehend, eine unparteiische Kommission zur Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit zu berufen, erklärt die englische Note, in dieser Kommission müßten nicht nur Vertreter der an den Reparationen interessierten Mächte, sondern auch Vertreter Amerikas und solcher Staaten sitzen, die an dem letzten Kriege nicht teilgenommen hätten; das wäre auch Deutschland selbst erwünschter. Sodann geht die Note zur Betrachtung der Ruhrokkupation über. Die englische Regierung könne der These nicht beipflichten, daß der passive Widerstand bedingungslos als dem Versailler Vertrage widersprechend aufgegeben werden müsse. Die höchste englische Justizbehörde jedoch habe der englischen Regierung ein Gutachten dahingehend ausgestellt, daß

der Widerspruch Deutschlands gegen diese französisch-belgische Aktion wohl begründet sei und die englische Regierung habe niemals ihre Ansicht verhehlt, daß die franko-belgische Aktion keineswegs durch den Friedensvertrag gerechtfertigt werden könne. Aber sie sei vollkommen damit einverstanden, wenn diese Meinungsverschiedenheiten über die Interpretation wichtiger Bestimmungen des Friedensvertrages vom Haager Schiedsgericht oder irgendeiner anderen angängigen Instanz geklärt werden würde.

Der erste Schritt dazu müsse sein, das Maximum der Summe festzusetzen, die man vernünftigerweise hoffen könne, von Deutschland zu erhalten und der nächste Schritt der, irgendwelche Arrangements zu treffen, die eine wirkungsvolle Wiederordnung der deutschen Finanzen, die Bereitstellung eines Kredits auf gesunder Basis und die Sicherung der laufenden deutschen Zahlungen durch ein Kontrollsystem herbeiführen, welch letzteres aber von wirtschaftlich ungefunden Hemmnissen, wie die militärische Okkupation der Ruhr eine sei, frei sein müsse. Wenn also Schritte unternommen würden, eine sicherere Summe für die deutschen Reparationsverpflichtungen aufzustellen und diese Zahlungen selbst zu sichern, so sei England gern bereit, sich in eine Diskussion über die alliierten Schulden an England einzulassen. Diese Bereitschaft dürfe aber nicht so ausgelegt werden, als wolle sich England damit seiner Rechte als Gläubiger begeben.

*

Paris, 13. August. (Eig. Drahtmeldung.) Der „Petit Parisien schreibt: In französischen politischen Kreisen sei man besonders darüber erstaunt, daß die englische Note die Legalität der Besetzung der Ruhr bestreitet, dies um so mehr, als Lloyd George im Mai 1921 mit den übrigen Alliierten bereit gewesen sei, die Ruhr zu besetzen. Man sei der Ansicht, daß die englische Regierung damit ein Mittel suche, um die Debatte vor den Völkerbund und vor den Haager Schiedsgerichtshof zu bringen.

Großsprecher Poincare.

Die übliche Sonntagshetzrede.

Paris, 13. August. (Eig. Drahtmeldung.) Poincaré hielt gestern anläßlich der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Marville im Departement Meuse eine Rede, die im großen und ganzen eine Antwort auf die letzte Rede des Reichskanzlers Cuno in Gestalt altbekannter Lügen darstellt. Man müsse verblüfft sein darüber, mit welcher Unverschämtheit sich die deutsche Regierung heute über die friedliche Besetzung der Ruhr beklage. Die Ruhrbevölkerung hätte übrigens nichts zu leiden (?), wenn diese nicht von der deutschen Regierung zu Gewalttätigkeiten angeregt würde. Auf die Rede des Kanzlers zu sprechen kommend, erklärte Poincaré: Diese Woche noch glaubte der Reichskanzler vor dem Reichstage freche(!) Drohungen aussprechen zu müssen. Der Kanzler hat die Fortdauer des passiven Widerstandes angezeigt, der eine Verletzung des Versailler Vertrages ist. Er hätte ohne Zweifel diese unsinnige Frage nicht behandelt, wenn die Alliierten einstimmig ihren Willen zu erkennen gegeben hätten. Der Zusammenbruch der deutschen Währung ist in der Tat das Wirtschafts- und Finanzmeisterwerk, an dem die deutsche Regierung dieses Jahr mit einem verhängnisvollen Erfolg gearbeitet hat.

Was uns betrifft, können wir nur nachsichtig über die Prahlereien des Kanzlers Cuno lächeln. Wenn er glaubt, daß Deutschland im Kriege nicht geschlagen worden ist — und zwar windelweich geschlagen —, wenn er glaubt, daß Deutschland den Versailler Vertrag ungestraft zerreißen kann, wenn er glaubt, daß wir bereit sind, die Reparationen bis ins Endlose selber zu bezahlen, wenn er glaubt, daß wir die Ruhr verlassen werden, bevor unsere Guthaben bezahlt sein werden, so täuscht er sich gewaltig.

Von Marokkanern geschändete deutsche Knaben. Von einem Geistlichen im besetzten Gebiet wird geschrieben: Ich habe ein Aktenstück durchgelesen, in dem über 60 Fälle von Knabenschändung vor Gericht unter Zeugen aufgenommen sind! Protokolle, die einen das Blut in den Adern erstarren lassen, die erzählen, immer in gleicher Weise, wie die Marokkaner die Kinder an sich locken, ihnen zuriefen: Komm, promenade! mit ihnen in eine abseitsgelegene Straße, eine Toreinfahrt, eine Scheune oder dgl. gingen, wo sie Geld oder Schokolade bekamen und erfuhren, was man mit ihnen vorhatte. Manche Jungens sind vor Entsetzen ausgerissen und nahmen Geld und Schokolade zum Aerger der Schwarzen mit, viele, viele sind gegen einen lächerlich geringen Betrag oder eine Rippe Schokolade den unnatürlichen Bestien zum Opfer gefallen. In dem Städtchen . . . sind nachweislich über 100 Fälle widernatürlicher Unzucht passiert.

„Hans Peter Kromm, der Lebendige"

Eine Geschichte von Ufer zu Ufer
von **Johanna Wolff**.

(11. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ich soll die Bude rein machen, Kundschaft bedienen und das Kind besorgen. Krämpfe hat das Wurm bekommen. Sehn Sie sichs nur mal an, junge Frau." Sie schob das Bündel weiter wie ein Paket. „Sie verstehn ja was davon — Ihr Junge, der sieht anders aus." Und sie machte Anstalten aufzustehn, um das zappelnde Malchen aus seinem Bündel herauszuschälen.

Aber Merete war schon dabei, den Wickel zu lösen.

„Schreit's nicht wie eine junge Katze?" fragte die zärtliche Großmutter, „nicht ganz fünf Pfund hat's bei der Geburt gewogen. Ich bitte Sie, was soll aus'm Kind werden, das nicht mal fünf Pfund wiegt?" Sie wischte sich wieder mit dem Schürzenzipfel die Augen. „Wir haben's in Watte gewickelt, ins Brutkörbchen getan und dann in die Ofenröhre geschoben." Sie rückte den Schemel an die Tonbank: „Aber was Sie für Hände haben! Und so reinlich! Was mein Willy ist, der närrische Mensch, der hat das gleich weggehabt: Mutter, sagte er, als er Ihnen gestern die Kiepe mit den Kohlköppen reingebracht hatte, das ist 'ne Frau so 'ne Frau — aber er ist ja so verlegen, mein Willy —" Merete hatte das Kindchen gelöst und sah es an mit einem Ausdruck reinsten Erbarmens: „Lassen Sie das Malchen hier", fiel sie der Alten in die Rede, „ich will Ihnen das Kind zurecht machen und nachher bringen."

„Aber gern!" Und Frau Kreipel schuffelte in ihren Bierkoller hinunter.

„Es ist ganz und gar wund", sagte Merete. Sie hielt das Fröschlein auf den flachen Händen und beschaute es von allen Seiten, der Duft aus dem Wickel stieg nicht gerade ungenehm in die Nase.

Es war in der stillen Mittagszeit. Das Malchen hatte ein Bad bekommen und lag im Schoße der jungen Frau; die schaffte eifrig mit Puderwasser, mit Puder und Watte; ein weiches Kindertuch wurde hervorgeholt, auch ein Hemdchen und Jäckchen, alles noch von der Ausstattung aus der Korbwiege.

Wohlig begann das Malchen sich zu dehnen. Nicht Krämpfe hatte es, nur Schmerzen von dem Wundsein. Gar nicht wieder zu erkennen war's und sah lieblich aus mit seinen blanken dunklen Augen und dem schwarzen Kraushaar über dem bräunlichen Gesichtchen, wenn's so an seinen winzigen Fäustchen.

Merete schickte Agnes hinunter, das Fläschchen zu holen, da kam Willy Kreipel selber heraufgelaufen, die gefüllte Flasche in der Mutter wollenem Strumpf tragend. Die Tränen kamen ihm, als er sein Töchterchen so hübsch und friedertig wiederfand. Beinahe hätte er das Fläschchen aus dem Strumpf fallen lassen. „Guter Gott," rief er immer wieder, „das ist ja gar nicht dasselbe Kind! Wie soll ich Ihnen das danken, Frau Nachbarin? Und mit den feinen Händen haben Sie's gemacht! So unreinlich wie das Kleine war." Er hielt noch immer den Strumpf.

„Wissen Sie was, Herr Kreipel," sagte Merete, „um diese Zeit habe ich jeden Tag etwas Ruhe, bringen Sie mir das Malchen herauf, ich will's dann ein bißchen betreuen."

Der arme Mensch trat von einem Fuß auf den andern, bis ihn die junge Geschäftsfrau mitsamt dem Malchen und dem Fläschchen zur Tür hinausschob . . .

Und Merete hielt, was sie versprochen. Sie tat Mutterdienst an dem Kellerkindchen. Das winzige Mägdlein gedieh und lernte sitzen und saß mit in Hans Peters kleinem Wagen. Wie Zwillinge saßen sie da einander gegenüber, nur daß der helläugige Bube soviel rosiger und kräftiger aussahe als das Dinchen mit den dunklen Beerenaugen.

Uebrigens schien Peterle die beste Absicht zu haben, das Liebeswerk der Mutter fortzusetzen; er stopfte dem Malchen sein eignes Fläschchen in den Mund, und die Kleine lachte und trank und trübte ihm ihre getrübte Zuneigung entgegen. Nur wenn Hans Peter sein Wohltun auch mit Radieschen und Rettigen fortsetzte, verzog Malchen das Mündchen und wehrte sich gegen solche Speise.

Kam dann einmal Frau Kreipel mit ihren geschwollenen Beinen die Stiegen heraufgekommen, so gab's immer ein besonderes Freuen: „Nu sehn Sie mal die beiden an! Grad wie 'n Brautpaar, was?" Ne doch, was unser kleiner Balg für verliebte Augen macht! Die wird 'n Hätchen wie ihre Mutter. Die hat meinen Willy auch nicht losgelassen mit ihre dunklen Blicke — sonst — der hätt' noch eine ganz andre kriegen können!"

Und Frau Kreipel machte ein pfiffiges Gesicht und ließ Andeutungen fallen, daß solch ein guter und wohlanständiger Mensch wie ihr Willy noch sein Glück machen könne, das läge manchmal ganz nah bei — — nur der Willy, das sei so ein Bescheidener, der traute sich nichts zu . . . Ueberhaupt mit der Bierwirtschaft, das würde einem auch über: letzte Zeit hätten sich wieder zwei in der Nachbarschaft scheiden lassen, da könne auf jedes dritte Haus eine Kneipe. Der Willy, der würde sich für etwas andres besser eignen." Und Frau Kreipel warf merkwürdige Blicke umher in den Gemüseladen.

Merete dachte sich nichts bei solchem Gerede und warf nur ab und an ein Wörtchen dazwischen, um nicht unfreundlich zu scheinen.

„Aber mein Los wird bald gewinnen, mein Lotterielos," fügte die Kellerale mit Ueberzeugung hinzu, „ich hab's nämlich geträumt, und was ich träume, erfüllt sich. Ich habe auch meinen Willy als Bräutigam gesehn. Ja, ja." Und Frau Kreipel lächelte geheimnisvoll und schaute von der Seite die bildsaubere Nachbarin so liebreich an, als solle die auch etwas von dem großen Los mitsamt dem Bräutigam abhaben.

Meretens Kundschaft wuchs von Woche zu Woche; sie hielt immer nur allerbeste Ware feil, darum machten manche Leute gern einen weitern Weg, nur um gut und sorglam bei ihr bedient zu werden. Und wie der Absatz zunahm, vergrößerten sich auch die Einnahmen, mehrte sich der Gewinst. Sie bekam Freude am Gewinst! Sie trug Geld auf die Bank!

So war das erste Jahr mit Einleben und Zulernen schnell herumgegangen. Als aber das zweite Pfingstfest in dem Gemüseladen am Markt gefeiert werden sollte, fiel's Mereten schon auf, wie das Spreewasser gluckerte, wie dämmrig dahinten die Stübchen waren und wie enge der Hofwinkel! Dies armselige Fleckchen Erde, das sie von der weiten Welt vor Augen hatten. Immer öfter mußte Agnes mit dem Wägelchen fortziehn in die Anlagen. Der kleine Hans Peter kam der Mutter nicht mehr so frisch vor, seine Beinchen, die sonst straff und in steter Bewegung gewesen, schienen ihr welk, sein Stillsitzen deutete sie Mattigkeit, der Ausdruck seiner großen Kinderaugen begann sie zu ängstigen und ihr selber war beklommen, sehr beklommen . . .

Und plötzlich, die junge Frau wußte selber nicht, wie ihr geschah, überkam sie etwas, das ihr nie so klar geworden und doch immer in ihr gewesen war: Sehnsucht nach dem Lande! Sehnsucht nach dem Geruch der Erde, nach Licht, Luft und einem weiten Stück Himmel! Sie war doch kein Stadtmensch, das wußte sie nun. Die Mädel der Frau Schad hatten recht gehabt, eine Landpomeranze war sie durch und durch. Standen da nicht in ihrem Laden Sträuße von Rittersporn, tiefblau mit weißen und schwarzen Augen — da standen hohe rosa und weiße Lupinen Spiraen in allen Farben — die Blumen ihr mit einemmal tot — tot — tot! Draußen, wo sie aus der lieben Erde kamen, wo sie auf ihren lieben Stengeln im Winde nickten, nur da lebten ihr das Leben zu sein! Hatte sie das vergessen? Sie, die bei der Erde aufgewachsen war, die von klein auf mit dem Vater herumgetan hatte auf dem Landbesitz des Herrn von Storch?

Das war auch unbewußt der Trieb gewesen, der sie die Stellung bei Frau Monika Schad hatte annehmen lassen. Wie war sie nur darauf gefallen, Stadtleben für ihr Leben zu halten? Das — das war ja gar kein Leben!

(Forts. folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230813011/fragment/page=0002